

ANFRAGE

des Abgeordneten Dipl.-Ing. Gerhard Deimek
und weiterer Abgeordneter

an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

betreffend Österreichs Automobilwirtschaft und –zulieferindustrie und die Russlandsanktionen

Russland hat als Reaktion auf die seitens der Europäischen Union verhängten Wirtschaftssanktionen Gegenmaßnahmen angekündigt. So solle es etwa in der EU ansässigen Automobilherstellern nicht oder teilweise nicht erlaubt sein, ihre Produkte in die Russische Föderation zu exportieren. Der Verlust eines russischen Auftrages des LKW-Herstellers MAN in Steyr hatte bereits zur Folge, bzw. war der Auslöser dafür, dass 2.000 der 2.400 Mitarbeiter mit Oktober dieses Jahres in die Kurzarbeit geschickt werden. Da die Automobilzulieferindustrie eine der wesentlichsten heimischen Industriesparten ist, lässt sich erahnen, welche Folgen ein Embargo Russlands gegen den Sektor haben würde. Schließlich handelt es sich mit der Russischen Föderation um einen der größten Automobilmärkte der Welt.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft folgende

ANFRAGE

1. Wie viele Arbeitsplätze hängen in Österreich direkt von der Automobilindustrie bzw. der Automobilzulieferindustrie ab?
2. Worauf beruhen diese Angaben?
3. Liegen dem Bundesministerium Schätzungen darüber vor, welchen Effekt ein Embargo Russlands auf in der EU gefertigte Automobile bzw. Ersatzteile auf die Branche hätte?
4. Wenn ja, wie lassen sich die daraus resultierenden Effekte quantifizieren?
5. Wenn ja, worauf beruhen diese Schätzungen?
6. Wenn nein, wie kann ohne derartige Schätzungen verantwortungsvoll Politik gestaltet werden?

7. Wie viele Arbeitsplätze könnten durch russische Sanktionen in Österreichs Automobilindustrie und Automobilzulieferindustrie verlorengehen?
8. Wie viel Wertschöpfung würde durch russische Sanktionen in diesem Bereich jährlich verlorengehen – ausgedrückt in Milliarden Euro?
9. Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium gesetzt, um einem Wirtschaftskrieg zwischen Russland und der EU entgegenzuwirken?

